EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004 *2009*

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

2.5.2005 PE 357.822v01-00

ÄNDERUNGSANTRÄGE 1-35

Entwurf eines Entschließungsantrags (PE 357.819v01-00)
Jean-Marie Cavada
Erzielte Fortschritte im Jahr 2004 bei der Schaffung eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (Artikel 2 und 39 des Vertrags über die Europäische Union)

Änderungsantrag von Jean-Marie Cavada

Änderungsantrag 1
Erwägung G

G. im Bewusstsein der Tatsache, dass einige Mitgliedstaaten ***(Streichung)*** *als Ausweg aus* dieser festgefahrenen Situation ***außerhalb des Rahmens der Verträge Formen der Zusammenarbeit entwickelt haben wie die „G5“ oder Gremien, die praktisch Entscheidungsbefugnisse besitzen, wie die FATF (Financial Action Task Force on Money Laundering) für die Geldwäsche, die „Dublin-Gruppe“ für die Drogenbekämpfung, die „Bern-Gruppe“ für den Informationsaustausch, allesamt Gremien, die keiner demokratischen Kontrolle unterliegen; in der Überzeugung, dass Initiativen, wenngleich sie wünschenswert und angebracht sind, die Form einer „verstärkten Zusammenarbeit” (wie die so genannte Initiative Schengen+) annehmen sollten***,

Or. fr

Änderungsantrag von Kathalijne Maria Buitenweg

Änderungsantrag 2
Ziffer 4

4. fordert den Rat auf, so bald wie möglich seine Geschäftsordnung zu ändern, um die Texte der vorbereitenden Rechtsakte und die Standpunkte der Mitgliedstaaten zugänglich zu machen ***und öffentlich zu erörtern und zu beraten***, wenn ***er als***

Mitgesetzgeber in den Bereichen handelt, die den Europäischen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ***betreffen***;

Or.fr

Änderungsantrag von Carlos Coelho

Änderungsantrag 3
Ziffer 4a (neu)

4a. lenkt die Aufmerksamkeit des Rates auf die Notwendigkeit, dass alle Initiativen im Zusammenhang mit der Verwirklichung des Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts auf der Grundlage einer loyalen Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament und unter Achtung des demokratischen Grundsatzes, dem zufolge das Europäische Parlament von Anfang an in die Ausarbeitung der europäischen Rechtsvorschriften eingebunden sein muss und nicht erst, nachdem bereits eine politische Einigung erzielt worden ist, durchgeführt werden müssen;

Or. pt

Änderungsantrag von Jean-Marie Cavada

Änderungsantrag 4
Ziffer 5

5. schlägt der Kommission vor, ein Verfahren einzuführen, das eine regelmäßige Unterrichtung des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres über die außenpolitischen Aspekte des Europäischen Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts vorsieht, insbesondere was die Aushandlung von Übereinkommen sowie den politischen Dialog mit Drittländern und internationalen Organisationen betrifft; ***fordert die Kommission auf, das „TRANS-JAI“ genannte Pilotprojekt zum Abschluss zu bringen, mit dem es möglich sein sollte, die mit den Legislativverfahren im Bereich des Europäischen Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts verbundenen Aktivitäten und Dokumente täglich zu verfolgen, vorausgesetzt, dass seine Informationen und Dokumente in den Registern der Organe zugänglich sind; fordert die nationalen Parlamente auf, sich an diesem Pilotprojekt zu beteiligen, indem sie die vorbereitenden Arbeiten für jedes Legislativverfahren betreffend die Annahme oder die Umsetzung von Maßnahmen der Europäischen Union im Bereich des Europäischen Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts über das Internet zugänglich machen;***

Or. fr

Änderungsantrag von Jean-Marie Cavada

Änderungsantrag 5
Ziffer 5a (neu)

5a. fordert die Mitgliedstaaten auf, den Zuständigkeiten der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Union im Bereich internationaler Abkommen nicht vorzugreifen und sich aktiv dafür einzusetzen, dass in die internationalen Übereinkommen „Anschlussklauseln" eingefügt werden, die es der Europäischen Union und der Gemeinschaft ermöglichen, diesen Übereinkommen beizutreten, oder wenigstens „Trennungsklauseln", mit denen der Besitzstand der Europäischen Union in den Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten in den Bereichen, die Gegenstand der Übereinkommen sind, erhalten werden kann;

Or. fr

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 6
Ziffer 5a (neu)

5a. ermutigt alle Organe der Europäischen Union, einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den Verbänden und der Bürgergesellschaft zu pflegen und die Einbeziehung der Bürger in das öffentliche Leben zu fördern und zu erleichtern; fordert die Kommission auf, so bald wie möglich, einen Vorschlag zu erarbeiten, der konkrete Schritte in diese Richtung aufzeigt;

Or. en

Änderungsantrag von Carlos Coelho

Änderungsantrag 7
Ziffer 6 zweiter Unterabsatz

6. ist der Auffassung, dass sich die Maßnahmen im Zusammenhang mit der Entwicklung des Europäischen Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts in den Gemeinschaftsrahmen einfügen müssen,
- (...)
- den Fachräten Haushalt und allgemeine Angelegenheiten bei der Festlegung der Maßnahmen in Bezug auf die finanzielle Solidarität sowohl bei der Umsetzung der Systeme zur Grenzkontrolle und der Asylpolitik ***sowie der Rückführungspolitik*** als auch bei der Durchführung der beim Zivilschutz und zur Verhütung von Katastrophen und Terroranschlägen erforderlichen Infrastrukturen und Ressourcen;

Or. fr

Änderungsantrag von Martine Roure

Änderungsantrag 8
Ziffer 7

7. bekräftigt seine Überzeugung, dass die Umsetzung des Europäischen Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ein noch stärkeres Engagement seitens der ***europäischen und nationalen*** Institutionen erfordert, um ein möglichst hohes Niveau des Schutzes der Grundrechte zu fördern, sowohl im Interesse der Menschen, als auch um zu vermeiden, dass die angenommenen Maßnahmen anschließend mit Verzögerung umgesetzt beziehungsweise abgelehnt werden; schlägt vor, dass jeder neue Legislativvorschlag, insbesondere im Zusammenhang mit dem Europäischen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts mit einer begründeten Folgenabschätzung über die Grundrechte einhergeht; fordert im Übrigen die für die Grundrechte zuständige Arbeitsgruppe der Kommissionsmitglieder auf, den Ausschuss für bürgerliche Freiheiten regelmäßig über ***(Streichung) ihre Tätigkeiten*** zu unterrichten ***und die effiziente Koordinierung ihrer jeweiligen Tätigkeiten sicherzustellen (Streichung)***; schlägt ebenfalls vor, dass die künftigen jährlichen Aussprachen über den Europäischen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts auch Gelegenheit bieten sollten, den Schutz der Grundrechte in der Union zu bewerten, und zwar auf der Grundlage der spezifischen Themenberichte, die zu diesem Zweck einerseits von der Kommission im Rahmen des gemäß Artikel 212 des EG-Vertrags vorgesehenen Gesamtberichts und andererseits von der Agentur für Grundrechte verfasst werden ***und in den Jahresbericht des Europäischen Parlaments über den Stand der Grundrechte in der Europäischen Union übernommen werden***;

Or. fr

Änderungsantrag von Carlos Coelho

Änderungsantrag 9
Ziffer 8 erster Absatz

8. hält folgende Maßnahmen zur Förderung der Grundrechte für dringlich:
(..)
- die Stärkung der Verfahrensgarantien bei Gerichtsverfahren und die Annahme von Maßnahmen zur Solidarität mit den Opfern ***unter besonderer Berücksichtigung der Lage der Kinder***;

Or. pt

Änderungsantrag von Kathalijne Maria Buitenweg

Änderungsantrag 10
Ziffer 8 vierter Spiegelstrich

8. hält folgende Maßnahmen zur Förderung der Grundrechte für dringlich:

- die Stärkung der Verfahrensgarantien bei Gerichtsverfahren; ***fordert den Rat auf, rasch einen diesbezüglichen Rahmenbeschluss anzunehmen und dabei der Stellungnahme des Parlaments gebührend Rechnung zu tragen; fordert die Kommission auf, bis Ende 2005 die angekündigten Legislativvorschläge zu folgenden Themen vorzulegen:***
****gegenseitige Anerkennung während des Ermittlungsverfahrens vor dem Prozess,***
****Überwachungsmaßnahmen, die keine Festnahme nach sich ziehen,***
****Grundsatz des „ne bis in idem in absentia“***
****faire Behandlung bei der Erlangung und beim Einsatz von Beweismitteln,***
****von der Unschuldsvermutung abgeleitete Rechte,***
- die Annahme von Maßnahmen zur Solidarität mit den Opfern (siehe Vorschlag des Königreichs Belgien im Bereich der opferorientierten Justiz);

Or. fr

Änderungsantrag von Jean-Marie Cavada

Änderungsantrag 11
Ziffer 8a

Festlegung der genauen Ziele der EU und ihrer Mitgliedstaaten

8a. fordert die Kommission auf, dem nächsten Europäischen Rat ein Programm zur Umsetzung des Programms von Den Haag vorzulegen, das:

- die genauen Ziele nennt, die in Absprache mit den Mitgliedstaaten in den nächsten fünf Jahren im Bereich der Reduzierung der Kriminalität, des Schutzes der Menschen und der Stärkung der Freiheiten erreicht werden sollen;

- auf europäischer und nationaler Ebene einen transparenten Mechanismus zur Begleitung der Umsetzung dieser Ziele und eine angemessene Analyse der eventuellen Schwachstellen vorsieht;

Or. fr

Änderungsantrag von Martine Roure

Änderungsantrag 12
Ziffer 8b

Justiz (neuer Untertitel)

8b. - ruft in Erinnerung, dass die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen auf den Grundsätzen des gegenseitigen Vertrauens zwischen den Justizbehörden und den Bürgern sowie zwischen den Justizbehörden untereinander und der gegenseitigen Anerkennung beruht und dass diese Ziele durch die Erarbeitung von gemeinsamen Regeln und dank eines besseren Informationsaustausches zwischen den Betroffenen sowie durch eine Schulung der Richter und Staatsanwälte in europäischen Sachfragen erreicht werden und dass in diesem Bereich die Stärkung von Eurojust mit dem Ziel der Errichtung einer europäischen Staatsanwaltschaft unverzichtbar ist;

Or. fr

Änderungsantrag von Martine Roure

Änderungsantrag 13
Ziffer 8c

8c. wünscht die Fortsetzung der Initiativen im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit in Zivilsachen, insbesondere auf dem Gebiet des Familien- und des Handelsrechts;

Or. fr

Änderungsantrag von Martine Roure

Änderungsantrag 14
Ziffer 9 erster Absatz

- fordert eine echte europäische Asyl- und Einwanderungspolitik, die gerecht und ausgewogen ist und die Grundrechte der Migranten achtet;

Or.fr

Änderungsantrag von Martine Roure

Änderungsantrag 15
Ziffer 9 zweiter Absatz

- lehnt die Auslagerung der Asyl- und Einwanderungspolitik und die Einrichtung von Lagern oder Erstaufnahmeeinrichtungen für Einwanderer außerhalb der Europäischen Union ab;

Or. fr

Änderungsantrag von Martine Roure

Änderungsantrag 16
Ziffer 9 dritter Absatz

- erinnert daran, dass eine gemeinsame Einwanderungspolitik nötig ist, die sich nicht nur auf die Bekämpfung der illegalen Einwanderung beschränkt; fordert nachdrücklich die Umsetzung einer legalen Einwanderungspolitik;

Or. fr

Änderungsantrag von Martine Roure

Änderungsantrag 17
Ziffer 9 vierter Absatz

- ruft in Erinnerung, dass eine europäische Migrationspolitik mit einer europäischen Integrationspolitik einhergehen muss, die unter anderem eine ordnungsgemäße Integration in den Arbeitsmarkt, das Recht auf Schul- und Ausbildung, den Zugang zu den Sozial- und Gesundheitsdiensten und die Einbeziehung der Einwanderer in das soziale, kulturelle und politische Leben ermöglicht;

Or. fr

Änderungsantrag von Martine Roure

Änderungsantrag 18
Ziffer 9 fünfter Absatz

- nimmt das Grünbuch der Kommission zur Wirtschaftsmigration zur Kenntnis; ruft in Erinnerung, dass die Einwanderung aus wirtschaftlichen Gründen sich in Europa nicht auf den Bedarf auf dem europäischen Arbeitsmarkt beschränken darf, sondern alle Migrationsarten berücksichtigen muss, einschließlich der Familienzusammenführung; bringt nachdrücklich seinen Wunsch zum Ausdruck, dass die Einwanderung aus wirtschaftlichen Gründen in Europa von einer Harmonisierung unterstützt wird, die von den in der Europäischen Union geltenden Regeln für die Annahme von Migranten geprägt ist und zur Bekämpfung der Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt beiträgt;

Or. fr

Änderungsantrag von Martine Roure

Änderungsantrag 19
Ziffer 9 sechster Absatz

- fordert die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten auf, die Konvention der Vereinten Nationen über den Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienmitglieder und die Konventionen 97 und 143 über die Wanderarbeitnehmer der Internationalen Arbeitsorganisation zu ratifizieren;

Or. fr

Änderungsantrag von Martine Roure

Änderungsantrag 20
Ziffer 9 siebter Absatz

- ist sehr besorgt wegen der Rückführungspolitik der Europäischen Union, insbesondere wegen der gemeinsamen Flüge zum Zwecke der Abschiebung; erinnert daran, dass die Rückübernahmeabkommen mit Drittstaaten auf einem echten Dialog basieren und deren Bedürfnissen Rechnung tragen müssen und dass dieser Dialog die politische Zusammenarbeit und die Entwicklungszusammenarbeit ermöglichen muss, um die Ursachen der Migrationsbewegungen zu bekämpfen;

Or. fr

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 21
Ziffer 9

9. ***drängt die Kommission, dafür Sorge zu tragen, dass den Schutzbedürftigen ein sicherer Zugang zur Europäischen Union garantiert wird, dass ihre Forderungen ordnungsgemäß bearbeitet werden und dass die strenge Einhaltung der Standards der internationalen Menschenrechte und des Flüchtlingsrechts und insbesondere des Grundsatzes der Nichtzurückweisung gewährleistet ist;***

Or. en

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 22
Ziffer 9a (neu)

9a. erinnert die Kommission, die Hüterin der Verträge, an ihre Pflicht, über die Einhaltung des Asylrechts in der Europäischen Union gemäß Artikel 6 des EU-Vertrags und Artikel 63 des EG-Vertrags zu wachen, da in der jüngsten Vergangenheit Kollektivausweisungen aus einigen Mitgliedstaaten einen Schatten auf die Einhaltung der Verpflichtungen dieser Mitgliedstaaten gemäß dem Gemeinschaftsrecht geworfen haben;

Or. fr

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 23
Ziffer 9b (neu)

9b. erinnert daran, dass die Einwanderungs- und Asylpolitik der Gemeinschaft auf der Öffnung der legalen Einwanderungswege und auf der Definition gemeinsamer Standards für den Schutz der Grundrechte der Einwanderer und der Asylbewerber in der gesamten Europäischen Union beruhen muss, wie dies 1999 vom Europäischen Rat von Tampere festgelegt und durch das Programm von Den Haag bestätigt wurde;

Or. fr

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 24
Ziffer 9d (neu)

9d. wiederholt seine großen Vorbehalte gegen einen Ansatz mit dem geringsten gemeinsamen Nenner in dem Entwurf für eine Richtlinie des Rates über Asylverfahren und fordert die Mitgliedstaaten auf, eine umgehende Umsetzung der Richtlinie 2004/83/EG sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 25
Ziffer 9e (neu)

9e. spricht sich nachdrücklich gegen die Einrichtung eines Europäischen Rückkehrfonds und die Benennung eines Sondervertreters für die gemeinsame Rückübernahmepolitik durch die Kommission aus; unterstreicht die Tatsache, dass EU-Fonds zur Verbesserung der Asylsysteme, zur Unterstützung der Migranten bei ihrer Integration und zur Beseitigung der Ursachen für die Migration eingesetzt werden sollten und nicht zur Finanzierung von Maßnahmen, die auf die Entfernung und Repatriierung der Migranten abzielen;

Or. en

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 26
Ziffer 9f (neu)

9f. fordert die Kommission auf, von ihrer bisherigen sicherheitsorientierten Herangehensweise an die Einwanderung Abstand zu nehmen, insbesondere was die Rückführungs- und Rückübernahmepolitik anbelangt, die den Weg dafür ebnet, dass europäische Charterflüge eingesetzt werden, um Einwanderer in ihre Herkunftsländer zu verbringen;

Or. en

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 27
Ziffer 9g (neu)

9g. fordert die Kommission auf, in die Beschlüsse und Rahmenbeschlüsse alle Bestimmungen aufzunehmen, die in der internationalen Konvention über den Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienmitglieder stehen, die am 18. Dezember 1990 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommen wurde;

Or. fr

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 28
Ziffer 9h (neu)

9h. fordert die Kommission auf, Initiativen betreffend das Wahlrecht der Migranten bei den Europawahlen und den Kommunalwahlen vorzulegen, ein Recht, das zur sozialen, kulturellen und politischen Integration von Migranten beitragen könnte;

Or. en

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 29
Ziffer 9i (neu)

9i. drängt die Kommission, die Pilotprojekte zur Errichtung von außerhalb der EU gelegenen Zentren für illegale Einwanderer, die auf hoher See außerhalb der europäischen Gewässer aufgegriffen werden, zurückzuziehen und auf jegliche Initiative in dieser Richtung zu verzichten;

Or. en

Änderungsantrag von Carlos Coelho

Änderungsantrag 30
Ziffere 12

12. fordert die Kommission im Übrigen auf,
   – eine ***gemeinschaftliche*** Rechtsgrundlage für Europol ***vor dem In-Kraft-Treten des Verfassungsvertrags*** vorzulegen und verstärkte Formen der Zusammenarbeit zwischen Europol und Eurojust sowie angemessene Modalitäten zur Kontrolle dieser beiden Organe durch das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente vorzusehen;
   – eine neue Rechtsgrundlage für die Erstellung einer europäischen Liste der Personen, Gruppen und Aktivitäten zu erstellen, die im Rahmen der Bekämpfung des Terrorismus von restriktiven Maßnahmen betroffen sind, sowie der Personen, die eine Gefahr für die öffentliche Ordnung darstellen können (Art. 96, 99, Schengen-Übereinkommen);
   – die Möglichkeit zu prüfen, diese Listen unter der Bedingung der Gegenseitigkeit bei internationalen Beziehungen, insbesondere mit den USA, zu benutzen;

Or. pt

Änderungsantrag von Giusto Catania,

Änderungsantrag 31
Ziffer 13

13. ***warnt den Rat vor den Risiken, die durch die Interoperabilität der Informationssysteme entstehen; lehnt den „Grundsatz der Verfügbarkeit" ab, der in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rats zum SIS festgelegt ist, und fordert die Organe und die Mitgliedstaaten auf, das neue Schengener Informationssystem (SIS II) nicht einzusetzen, um eine umfassende repressive Datenbank einzurichten;***

Or.en

Änderungsantrag von Carlos Coelho

Änderungsantrag 32
Ziffer 14

14. weist darauf hin, dass diese Grenzen nicht missachtet werden können, indem man sich einfach auf neue Erfordernisse bei der Bekämpfung des Terrorismus und der organisierten Kriminalität beruft, sondern dass man sich im Voraus auf bestimmte Ziele einigen und somit festlegen muss, welche Informationen zur Erzielung der

erwünschten Ergebnisse unumgänglich sind***, und den zuständigen Behörden lediglich diese Daten für einen angemessenen Zeitraum zur Verfügung stellt***;

Or.fr

Änderungsantrag von Carlos Coelho

Änderungsantrag 33
Ziffer 16

16. ***erinnert an die Notwendigkeit, die Sicherheit von Reisedokumenten zu erhöhen, insbesondere durch die Aufnahme biometrischer Merkmale; hält die gewählte technische Lösung jedoch für außerordentlich wichtig, denn nur auf diese Weise wird die Wirksamkeit des Einsatzes der Biometrie sichergestellt und der physische Schutz der Daten, insbesondere vor unberechtigtem Zugang, gewährleistet; erachtet es als wichtig, dass gleichzeitig die technischen Spezifikationen geschützt sind, wobei Lösungen zu empfehlen sind, die sich durch ein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis auszeichnen und die sich für das Sammeln, die Verarbeitung, die Speicherung und die Nutzung dieser Daten als sicher erweisen; weist darauf hin, dass es von keinerlei Nutzen für die Europäische Union wäre, sich verfrüht für eine Lösung zu entscheiden, die sich als unangemessen erweisen könnte;***

Or.pt

Änderungsantrag von Charlotte Cederschiöld

Änderungsantrag 34
Ziffer 16a (neu)

16a. erinnert daran, dass der Europäische Gerichtshof und die Datenschutzbehörden die Auffassung vertreten, dass die nationalen Initiativen vom April 2004, die sich mit dem Datenaustausch zu Sicherheitszwecken beschäftigen, nicht mit der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Charta der Grundrechte der Europäischen Union vereinbar sind;

Or.en

Änderungsantrag von Charlotte Cederschiöld

Änderungsantrag 35
Ziffer 16b (neu)

16b. unterstreicht, dass die Kosten für die Analyse der gesammelten Daten von jeder Stelle getragen werden sollten, die sie anfordert, um eine unverhältnismäßig hohe

Anzahl von Anfragen zu vermeiden;

Or.en